

## Bericht aus Berlin

Berlin. 10.000 weitere Unterschriften für eine Abschaffung der Regelung des § 249,1 SGB VI hat die Aktionsgruppe "Mütter für Rentengerechtigkeit" am 29.8.13 dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zugestellt und die Petition in den Parteizentralen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übergeben. Als Vertreter ihrer Parteien stellten sich Claudia Hassenbach und Oliver Schenk (beide CDU), Achim Schreier (SPD), Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jörg Paschedag (FDP) den kritischen Fragen der Aktionsgruppe und der Forderung, die Benachteiligung älterer Mütter aufzuheben. Dabei war nicht überall Verständnis für das Anliegen der Initiative zu spüren. Während man in der CDU eine Angleichung der "Mütterrenten" befürwortet, sieht man dafür bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenige Möglichkeiten. Man unterstützt das Konzept per se nicht und es fehlten zudem die Mittel.



Die Bundesgeschäftsführerin der FrauenUnion, **Claudia Hassenbach**, forderte die Aktionsgruppe auf, auch nach der Wahl in ihrem Kampf um die Gleichstellung der „Mütterrente“ nicht nachzulassen. Sie bestätigte, dass nach dem Modell der CDU sehr wohl die Mittel vorhanden seien, die Ungleichheit schrittweise zu beheben. Und **Oliver Schenk**, CDU Bereichsleiter politische Programme und Analysen, bescheinigte der Anhebung der "Mütterrente" eine hohe Priorität, sowohl bei den Koalitionsverhandlungen wie auch für die erste Zeit der Regierung. (Foto: CDU)



**Achim Schreier**, Leiter Direktkommunikation der SPD, hier mit der Gruppe vor der Statue Willy Brandt's, verwies auf die angestrebte grundlegende Rentenreform der SPD, um die massiven Ungerechtigkeiten im heutigen Rentensystem und die Altersarmut zu beheben. (Foto: SPD)



**Steffi Lemke**, Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass die Grünen die Finanzierung einer verbesserten Mütterrente aus der Rücklage der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht unterstützen werden. Sie verfolgen das Konzept einer Garantierente und wollen auch im Wahlkampf keine anderen Versprechungen abgeben. (Foto: E. Neuß)



Anders als sein Koalitionspartner CDU sieht auch **Jörg Paschedag**, Bundesgeschäftsführer der FDP, für seine Partei keine Handlungsnotwendigkeit. Die Finanzierung einer zusätzlichen Leistung zur Angleichung der "Mütterrente" würde kaum zu überwindende Schwierigkeiten mit sich bringen und werde deshalb nicht angestrebt. Auch sonst machte Paschedag deutlich, dass er dem Anliegen der Protestmütter wenig abgewinnen könne. Ulrike Adler, Sprecherin der Aktionsgruppe, konstatierte: "Insgesamt waren es gute Gespräche in offener Atmosphäre. Lediglich bei der FDP fühlten wir uns nicht wirklich ernst genommen. Dabei vertreten wir ein Anliegen von rund 9 Mio.



Zu weiteren politische Gespräche über unsere Forderung hatten wir zudem zu unserem Informationsstand vor dem Brandenburger Tor Vertreter aller Parteien sowie sozialer Einrichtungen eingeladen. Hier im Foto erörtert Dr. **Philipp Lengsfeld**, CDU, die Chancen für eine Verbesserung der „Mütterrente“.



Auch eine Reihe von Demonstranten für die Rechte von Schwulen und Lesben in Rußland haben dort unsere Petition unterzeichnet. (Foto: E. Neuß)

Beim **Fernseh-Duell** am Tag nach unserer Demo vor dem Brandenburger Tor und 3 Tage nach den Gesprächen in den Parteizentralen hatten wir den Eindruck, dass unser Protest direkt gewirkt hatte: So hatten wir zwar nie eine Antwort auf unsere Petitionsschreiben an die Kanzlerin erhalten, aber ganz klar sagte sie den Millionen Zuschauern zu, die sog. „Mütterrente“ für die bislang Benachteiligten um EIN weiteres Jahr auf dann zwei Jahre Anerkennung der Kindererziehungszeiten für die Rente zu erhöhen. Das entspricht nicht unseren Forderungen, nämlich der vollen Gleichstellung, wäre aber ein weiterer Schritt nach nun 21 Jahren der Benachteiligung.